



GRÜNE Schweiz

Miro Poffa
Waisenhausplatz 21
3011 Bern

miro.poffa@gruene.ch
031 326 66 12

Eidgenössisches Department für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
Bundeshaus Nord
3003 Bern

Per Mail an: recht@bafu.admin.ch

Bern, 5. Oktober 2026

Ratifikation und Umsetzung des internationalen Übereinkommens im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere ausserhalb nationaler Hoheitsbefugnisse (Hochseeschutzabkommen); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel erwähnten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns wie folgt.

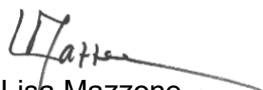
Die GRÜNEN begrüssen die Ratifikation des Hochseeschutzabkommens und den Entwurf zum Hochseeschutzgesetz (HoSG) grundsätzlich. Das Abkommen schafft erstmals einen umfassenden Rechtsrahmen für den Schutz der biologischen Vielfalt in Meeresgebieten ausserhalb nationaler Hoheitsbefugnisse. Die Schweiz soll den Beitrittsprozess zügig abschliessen und sich frühzeitig in die Ausgestaltung des Abkommens einbringen. In einem zentralen Punkt muss das Gesetz aber ergänzt werden: beim Tiefseebergbau.

Die GRÜNEN fordern, dass das Hochseeschutzgesetz ein ausdrückliches Verbot von Tiefseebergbauaktivitäten enthält. Der Bundesrat hat sich für ein Moratorium für den Tiefseebergbau ausgesprochen. Die Schweiz setzt sich in den Verhandlungen der ISA weiterhin dafür ein. Ein entsprechendes Verbot im HoSG wäre die innerstaatliche Konsequenz. Der Meeresboden ausserhalb nationaler Hoheitsbefugnisse gehört zum Geltungsbereich des Abkommens. Ohne klare Regeln bleibt hier offen, wie Tätigkeiten unter Schweizer Gerichtsbarkeit erfasst werden, die ausserhalb dieses Rahmens stattfinden. Dies ist mit dem Ziel des Abkommens, die Meeresumwelt und die marine Biodiversität zu schützen, nicht vereinbar.

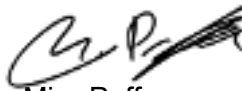
Für die GRÜNEN ist klar: Ein Hochseeschutzgesetz ohne Verbot des Tiefseebergbaus lässt eine der grössten Bedrohungen für die Meeresumwelt ungeregt. Der Abbau von Manganknollen zerstört ein einzigartiges, extrem langsam wachsendes Ökosystems unwiderruflich und stört das globale ökologische Gleichgewicht der Ozeane. Das Engagement der Schweiz für ein Verbot ist deshalb essenziell.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lisa Mazzone
Präsidentin



Miro Poffa
Fachsekretär Umwelt, Energie und Verkehr